

KOMMENTAR

■ EU-Jubiläum in Berlin

Am Ende des roten Teppichs

Die Sonntagsreden sind beendet, die roten Teppiche eingerollt. Die Gefahr ist groß, dass Europa nach dem Berliner Jubiläumsgipfel wieder zur Tagesordnung übergeht. Manche Geburtstagsgrüße erwecken den Eindruck, die Europäische Union hätte zum 50. Bestehen ihre Ziele erreicht. Das Gegenteil ist richtig: Die EU steht gerade erst am Anfang.

Es ist das Verdienst Angela Merkels, die Staats- und Regierungschefs in Berlin auf eine EU-Reform eingeschoren zu haben. Diese Einigung konnte nur gelingen, weil sich die Kanzlerin auf der Brüsseler Bühne zuvor viel Kredit erworben hatte, weil sie dort als ehrliche Maklerin gilt. Statt mit der Tür ins europäische Haus zu fallen, erhöhte sie unauffällig den Druck auf die EU-Partner – bis am Schluss kein Staatschef mehr seine Zustimmung verweigern konnte, ohne einen Gesichtsverlust zu riskieren.

Mit derselben Taktik zieht die Kanzlerin in den Kampf für eine EU-Verfassung: Offiziell heißt es, man wolle nur einen „Fahrplan“ aushandeln. In Wirklichkeit aber wollen die Deutschen ihre Nachbarn im Sommer auf konkrete Inhalte festnageln. Wie dies in nur drei

Monaten gelingen soll, bleibt Merkels Geheimnis.

Ob am Ende noch der hochtrabende Titel „Verfassung“ über dem Abkommen steht, ist zu bezweifeln, aber ohnehin zweitrangig. Wichtiger sind die Inhalte: dass die EU endlich schneller und transparenter entscheidet, dass sie die Zahl der Kommissare reduziert und das Parlament stärkt. Und zwar noch vor Sommer 2009, wenn in allen 27 Staaten die Europawahlen anstehen.

Wer Merkels Berliner Rede gehört hat, wer sieht, wie sie ihre persönliche Biografie mit der Zukunft Europas verknüpft, der wird den Verdacht nicht los, dass da jemand seinen Platz in den Geschichtsbüchern sucht. Die EU-Präsidenschaft mehr ihr internationales Renommee, mag sein. Doch die Wähler in Deutschland muss Merkel von den Errungenschaften einer europäischen Verfassung erst noch überzeugen. Bisher haben CDU und CSU zwar große Töne gespuckt, aber nur wenige ihrer weitreichenden Forderungen umsetzen können. Daran hat die christlichen Parteien jetzt kein geringer als Papst Benedikt erinnert, indem er den fehlenden Gottesbezug rügte.

• Holger Eichele

DAS KALENDERBLATT

Erste Operation am offenen Herzen

Historische Daten:

2005 - Als erste Frau überquert die Französin Maud Fontenoy den Pazifik mit einem Ruderboot und erreicht nach 72 Tagen die Insel Hiva Oa nordöstlich von Tahiti.

2003 - Die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen sowie Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei unterzeichnen die Beitrittsverträge zur NATO.

1997 - In Rancho Santa Fe bei San Diego (Kalifornien) werden die Leichen von 39 Angehörigen der Sekte „Heaven's Gate“ gefunden. Offenbar handelt es sich um Massenselbstmord.

1979 - In Washington unterschreiben Anwar el-Sadat und Menachem Begin den Camp-David-Friedensvertrag, der den Kriegszustand zwischen Israel und Ägypten beendet und Israel zur Räumung der Sinai-Halbinsel verpflichtet.

1954 - Die erste Operation am offenen Herzen findet in den USA statt.

1027 - Der Deutsche König Konrad II. wird in Rom zum Kaiser gekrönt. Damit besteigt der erste Salier den

Kaiserthron. Geburtstag:

1960 - Axel Prahl (47), deutscher Schauspieler (Münsteraner „Tatort“-Kommissar Frank Thiel).

1925 - Pierre Boulez (82), französischer Komponist und Dirigent.
1911 - Tennessee Williams, amerikanischer Schriftsteller („Die Katze auf dem heißen Blechdach“), gest. 1983.

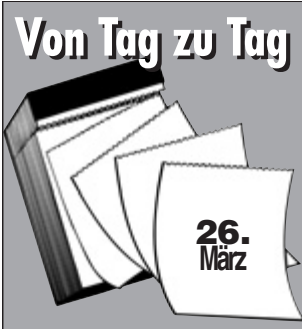
Todesstage:

1957 - Max Ophüls, deutsch-französischer Filmregisseur („Lola Montez“), geb. 1902.

1827 - Ludwig van Beethoven, deutscher Komponist, geb. 1770.

Auch das noch:

2003 - dpa meldet: Der Speer, mit dem der englische Seefahrer James Cook 1779 auf Hawaii getötet wurde, ist für 135.000 Pfund (202.500 Euro) versteigert worden. Sein Offizier William Bligh, später der Kapitän des Meutereischiffs „Bounty“, hatte den Speer geborgen und mit nach England genommen. Zwischenzeitlich war die Waffe allerdings zu einem Spazierstock umfunktio-



Die bescheidene Ratsvorsitzende

Weg für gesamtdeutsche Linke ist frei

Linkspartei.PDS und WASG stimmen mit großer Mehrheit für Fusion

DORTMUND (ap) • Der Weg für die neue gesamtdeutsche Linke ist frei. Sowohl die Linkspartei.PDS als auch die WASG stimmten gestern auf parallelen Parteitag in Dortmund mit großer Mehrheit für eine Fusion.

Diese muss jetzt noch in einer Urabstimmung aller Mitglieder abgesegnet werden, woran aber nicht gezweifelt wird. Auf dem ersten gemeinsamen Parteitag in Berlin steht dann am 16. Juni die offizielle Gründung der neuen Partei „Die Linke“ an, als deren Vorsitzende Lothar Bisky und Oskar Lafontaine vorgesehen sind.

Hatte es noch am Mittag einen heftigen Streit über die Bedingungen für eine künftige

Regierungsbeteiligung der gemeinsamen Partei gegeben, fiel die Mehrheit auf beiden Parteitagen am Ende doch überraschend deutlich aus. Bei der Linkspartei.PDS stimmten 96,9 Prozent der Delegierten für den so genannten Verschmelzungsvertrag. Bei der WASG waren es wenig später 87,7 Prozent. Damit wurde die nach dem Gesetz erforderliche Dreiviertelmehrheit jeweils deutlich übertroffen.

Kurz vor den entscheidenden Abstimmungen hatten die Bundestagsfraktionschefs Gregor Gysi und Lafontaine in viel beklatschten Reden noch einmal eindringlich für die Fusion geworben. Gysi sagte vor der Linkspartei.PDS, ein Stück Identität

zu verlieren sei notwendig, wenn sie von einer Ost- zu einer bundespolitischen Partei werden wolle. Die westlich geprägte WASG habe zwar weitaus weniger Mitglieder, vertrete aber den größeren Teil Deutschlands.

Lafontaine, der in seiner Rede vor der WASG politische Massenstreiks in Deutschland forderte, sprach von einem Auftrag der über vier Millionen Wähler bei der Bundestagswahl. Dabei waren beide Parteien bereits mit gemeinsamen Listen angetreten. „Wir müssen im Westen stark werden, um ein neues Gesicht in Deutschland zu bekommen“, betonte Lafontaine.

Der Streit wenige Stunden vor der Endabstimmung hat-

te sich an dem Programm der neuen Partei entzündet. Der Parteitag der Linkspartei.PDS lehnte zwei wesentliche Forderungen der WASG zur Regierungsbeteiligung ab: eine strikte Absage an jeden Personalabbau im öffentlichen Dienst und die Klausel, dass Regierungsbündnisse bei Verstößen gegen den Koalitionsvertrag und andere Abmachungen aufzukündigen seien.

Die Entscheidung wurde von den Delegierten des eine Halle weiter tagenden WASG-Kongresses mit Pfiffen und Buhrufen aufgenommen. Erst eine Intervention von Parteigründer Klaus Ernst konnte den Parteitag von weiteren Reaktionen abhalten.



Wissmann wird VDA-Chef

Der frühere Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) soll neuer Cheflobbyist des mächtigen Verbandes der Automobilindustrie (VDA) werden. VDA-Kreise berichteten am Wochenende, der Vorstand wolle die Personalie heute auf einer Sitzung in Berlin beschließen. Wissmann sei der Wunsch kandidat. Zuvor hatte der baden-württembergische CDU-Landeschef im Bundestag, Georg Brunnhuber, die Personalie bestätigt.

Foto: ap

Scientology im Visier

HAMBURG (dpa) • Die umstrittene Scientology-Organisation rückt einem „Spiegel“-Bericht zufolge wieder stärker ins Visier der Verfassungsschutzbehörden. „Das ist eine gefährliche Psychogruppe mit einem demokratiefindlichen Selbstverständnis, die den Willen ihrer Mitglieder brechen möchte. Deshalb müssen wir massiv gegensteuern“, sagte der baden-württembergische Verfassungsschutz-Chef Johannes Schmalz. Die Verfassungsschutzbehörden reagieren laut dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ auf eine neue Strategie der Organisation: Das Ziel sei es, in den Hauptstädten stärker Fuß zu fassen, um gezielt Parlamentarier zu beeinflussen, schreibt das Blatt unter Berufung auf den Verfassungsschutz.

Kirchen loben Pläne

BERLIN (dpa) • Die Koalitionspläne für ein neues Unterhaltsrecht sind von den Kirchen positiv aufgenommen worden. Kritisch äußerten sich dagegen am Wochenende Rechtsexperten unter anderem wegen der geplanten Rückwirkung der Reform. Sie soll voraussichtlich in dieser Woche vom Bundestag verabschiedet werden und zum 1. Juli in Kraft treten. Die Bürger sind geteilter Meinung, ob Müttern nach einer Scheidung der volle Unterhalt zustehen sollte oder nicht. Der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, sagte der Zeitung „Die Welt“: „Das neue Unterhaltsrecht bestätigt den hohen Wert von Ehe und Familie, die auch unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen.“

TELEGRAMM

Naumann bestätigt

HAMBURG (dpa) • Die SPD Hamburg hat nach Monaten der Krise mit der nahezu einstimmigen Wahl von Ex-Kulturstaatsminister Naumann zum Spitzenkandidaten den Kampf ums Rathaus der Hansestadt eröffnet.

Ermittlungen

MÜNCHEN (dpa) • Wegen Reisen auf Kosten von Energiekonzernen ermitteln Staatsanwälte nach einem „Focus“-Bericht gegen 800 Lokalpolitiker und Manager. Betroffen seien Bürgermeister, Stadträte, Verwaltungschefs und Energiemanager, berichtete das Nachrichtenmagazin.

Solderrhöhung?

BERLIN (dpa) • Bundeswehr-Rekruten und Zivildienstleistende können sich nach einem „Spiegel“-Bericht Hoffnung auf eine Sold-Erhöhung im kommenden Jahr machen. Im Bundestag formiere sich eine breite Front zu ihren Gunsten.

Zusammenarbeit

BERLIN (dpa) • Die Bundesregierung drängt die afghanische Regierung auf größere Zusammenarbeit im Fall des am 8. März erschossenen Entwicklungshelfers Dieter Rübbling.

Tornado-Einsatz

BERLIN (dpa) • Ungeachtet der Verfassungsklage der Linkspartei in Karlsruhe wird die Bundeswehr nach Angaben von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) ihre Aufklärungs-Tornados zeitlich wie geplant nach Afghanistan verlegen.

Einreiseverbot

BERLIN (dpa) • Aus Sicherheitswägungen wird die Bundesrepublik Irakern mit einer bestimmten Art von Reisepass laut „Spiegel“ vom 1. April an die Einreise verweigern. Das Bundesinnenministerium habe Anfang März alle Grenzposten aufgefordert, keine Iraker mit Reisepässen der Serie „S“ mehr nach Deutschland zu lassen, berichtet das Magazin.

Neuer Verdächtiger

BERLIN (dpa) • Im Zusammenhang mit dem vergangenen Jahr gescheiterten Kofferbombenanschlägen auf zwei Regionalzüge ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen einen vierten Verdächtigen. Das bestätigte am Samstag ein Sprecher der Behörde in Karlsruhe, nannte aber keine weiteren Einzelheiten.

Gezielte Entführung

BERLIN (dpa) • Der britische Premierminister Tony Blair hat den Iran gestern der gezielten Entführung von 15 britischen Marineangehörigen aus irakischen Hoheitsgewässern beschuldigt. Nachdem Teheran am selben Tag britischen Diplomaten den Zugang zu den Gefangenen verweigert hatte, erklärte Blair in Berlin: „Dies ist eine sehr ernste Situation.“ Er hoffe jedoch, dass die Angelegenheit auf diplomatischem Wege gelöst werden könne.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Noch ein weiter Weg

Süddeutsche Zeitung: Der Kanzlerin bleiben noch drei Monate Zeit, die Partner davon zu überzeugen, dass Souveränitätsverzicht meist auch Machtgewinn bedeutet. Dann muss sie einen Vorschlag für die Reform machen. Dabei reicht es nicht, nur Termine für Konferenzen zu verabreden. Die Berliner Erklärung offenbart, wie weit der Weg noch zu einer Verfassung ist.

Stuttgarter Autobauer will Anteil auf 31 Prozent erhöhen

STUTTGART (ap) • Porsche übernimmt endgültig die Kontrolle bei Volkswagen: Der Sportwagenbauer stockt seinen Anteil am deutlich größeren VW-Konzern für knapp eine Milliarde Euro auf 31 Prozent auf, strebt

aber vorerst nicht die Mehrheit an. Laut Aktienrecht muss Porsche mit der Übernahme der Kontrolle zwar allen anderen VW-Aktionären ein Pflichtangebot machen. Die Offerte liegt mit knapp 101 Euro pro VW-

Stammaktie allerdings deutlich unter dem Schlusskurs vom Freitag von mehr als 117 Euro.

Porsche rechnet daher nicht damit, dass viele Anteilseigner das Angebot annehmen werden und Por-

sche so zum Mehrheitseigentümer würde. „Wir wollen die Mehrheit im Moment nicht“, sagte Porsche-Sprecher Anton Hunger der Nachrichtenagentur AP. Ziel sei ein Anteil von 31 Prozent.